

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch die Boten 100 Mark, Einzelverkaufspreis 5 Mark.  
Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtge-  
holtene Zeitseite oder deren Raum 10 Mark,  
für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-  
anzeigen 15 Mark, für Reklamen 5 Mark  
Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark,  
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

# Zünder

# Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende VOLK.

Nummer 252.

Freitag, 27. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

## Wohin des Wegs?

Die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ zerstört die Grundlagen der Republik.  
Auf dem Wege zum Bürgerblock?

Dr. L. Süßedt, 27. Oktober.

Die bürgerliche Provinzresse raspt in ihren Artikeln über die deutsche Not Tag für Tag dasselbe gleiche Gebet herunter: Einheitsfront des ganzen Volkes, nationaler Zusammenschluß, Verantwortlichkeitsgefühl aller Bevölkerungsschichten!

Sind das mehr als bloße Worte, als tautendes abgehetzte und abgetriebene Phrasengesinde? Was ist denn ihr tatsächlicher Inhalt, was ihr positives Wollen? Doch nicht mehr sind sie als jenes brombeerhelle und unklare Geschwätz, das ohne jede Ahnung von den wirklichen Tatsachen und Zusammenhängen die geistlosen Bier- und Stammtische verrauchter Bürgerkneipen umschwebt.

Weshalb man solchem Geschreibsel oder Gerede überhaupt Beachtung schenkt? Weil es unter dem schawollenen Mantel nationaler Gesinnung die Hass- und Stichflut erzeugt hat und immer wieder erneuert, die in großen Teilen des deutschen Volkes jeden Sinn für gerechtes und klares Denken völlig zerstört hat. Aber der Kampf gegen die Dummheit ist unendlich schwer, und vorläufig aussichtslos. Nur noch dann werden wir in Zukunft in diesen Kampf eintreten, wenn wieder einmal das Kamel Dummheit von dem Teufel Freiheit durch die Manie geheizt wird.

Es mag hart klingen, aber es muß immer wieder ausgesprochen werden: die bürgerliche Durchschnittspresse — Namen schenke man uns bitte — kommt in allen ihren Betrachtungen nicht über das wüste und niedrige Gestüpp der reichlich verschimmelten Wiederaufbauschlagworte aus der „nationalen“ Wahllogitation hinaus. Oder man nenne uns irgend eine positive Kritik, irgend einen Vorschlag zu neuer Tat.

Diese vollständige Unfruchtbartigkeit und Unklarheit ist das entsprechende Gegenstück zu der Unklarheit und Verworenheit in unserer gegenwärtigen inneren Politik, ist das getreue Abbild der völligen Verwandlung unserer Partieverhältnisse im Reichstag. Und diese Verwandlung ist neben der Währungsfrage die bedenklichste Erscheinung im deutschen Staatsleben, ist ein ungeheuer drohendes Warnungszeichen am düsteren Himmel der deutschen Zukunft.

Nach der Revolution übernahmen drei ausgesprochen republikanische Parteien die Regierungsgeschäfte, die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten. Wenn sie auch aus ganz verschiedenen Weltanschauungen kamen, so füttete sie doch weitgehende politische Vereinstimmung, besonders die Einigung zur Revolution, zusammen. Jedenfalls bildeten sie eine Koalition, die aktionsfähig war.

Wer es gut mit dem deutschen Parlamentarismus und mit dem Staate überhaupt meinte, der mußte den Wunsch hegen, daß diese drei Parteien sich im Laufe der Jahre zu einer geschlossenen und festen Regierungsmehrheit zusammenschweißen, zu einer Regierungsmehrheit, die eine tragfähige Basis bilden könnte für eine starke und rücksichtslose Regierung, und die gleichzeitig der zu erwartenden scharfen Opposition der beiden Rechtsparteien einen unerschütterlichen Damm entgegenstelle.

Die Entwicklung jedoch kam anders. Das öde und ewige Schlagwort von der „bürgerlichen Sammlung“ breitete das verheerend wirkende Gift der Gedankenlosigkeit mehr und mehr aus. Große Teile der Unabhängigkeit des Zentrums und der Demokraten verfielen seinem Bann; und unter ihrem Druck wichen die Führer der Demokraten und schließlich auch des Zentrums von ihrer alten Linie mehr und mehr ab. Der Gedanke der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“, d. h. eines engen Zusammensetzens des Zentrums und der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei, wurde mächtiger und mächtiger.

Wenn diese „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ Tatsache wurde, so mußte sie zwei Wirkungen zeitigen. Zunächst bedeutete sie naturgemäß ein verstiegenes Hineinnehmen der Volkspartei in die Koalition, und damit eine wesentliche Einwirkung volksparteilicher Gedanken und Wünsche auf die Reichspolitik. Daraus mußte sich als ein Zweites ergeben: Zwiespalt mit der Sozialdemokratie, und damit Erstürmung der alten und bewährten republikanischen Koalition.

Von allen Seiten wurde auf diese Gefahren hingewiesen; auch in diesen Spalten wurde immer wieder vor jeder „großen“ Koalition gewarnt. Ist doch die Volkspartei noch völlig die Gefangene ihrer nationalen Schlagworte, die sie sich einst im Konkurrenzkampf mit den Deutschnationalen ans Bein gebunden hat.

Alle Warnungen nützten nichts. Es war Herrn Adam Stegerwalds Idee. Und die Birtische wollten es auch. Die Demokraten aber gerieten ins Schlepptau leichter nationaler Phrasen; und im Zentrum bekam der rechte, der agrarische Flügel Obermayer, die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ kam zustande; die „große Koalition“ wurde, wenn auch verschleiert, Tatsache.

Was wir, was sämtliche ausgesprochen linksgerichteten Politiker befürchtet hatten, trat ein. Nur in viel größerem und unheilvollerem Maße! Die alten Koalitionsparteien ziehen an verschiedenen Stricken. Zentrum und Demokraten

sind durch die Rücksicht auf die „Arbeitsgemeinschaft“ völlig gespleißt und stehen jetzt in scharfem Gegensatz zur Sozialdemokratie. Die Tage des gemeinsamen Ziels und des wirklichen Handelns sind vorbei. Die ganze Zusammenarbeit ist nur noch ein gegenseitiges Überwachen; jeder sorgt nur noch dafür, daß der andere nichts ihm Unbequemes tut.

Man kann den Stoßfeuerzauber demokratischen „Frankfurter“ sehr wohl verstehen, wenn sie schreibt: „Unsere politischen Zustände sind derart, daß sie erwünscht eine Einigung in dem Sinne ermöglichen, daß nichts gelinge — daß aber ein gemeinsamer politischer Willen kaum mehr aufzubringen ist.“

Dieser Zustand ist nichts anderes als eine Regierungskrise auf Dauer. Bei jeder Gelegenheit kommt sie an die Oberfläche; bei der Erhöhung des Umlagepreises für Brotgetreide; bei den Besprechungen über die Devilstenverordnung. Immer wieder notdürftig verkleistert, schwelt sie unter der Oberfläche weiter, und läßt die Regierung, läßt die Parteien, läßt den Reichstag. Der Kanzler verläßt unter ihrem entnervenden Einfluß seine bisherige flache Linie; er schwankt und seine Tage sind gezählt. Um es kurz heraus zu sagen: die ganze mühsam zusammengezimmerte Staatsorganisation zerfällt. Und niemand weiß etwas an die Stelle zu setzen.

Gewiß, diese tragische Entwicklung ist die Folge unseres Währungsverfalls, der die ungeheure Verarmung und Verelendung des ganzen Volkes verursacht. Aber sie ist gleichzeitig ein Grund dafür, daß die Regierung am Grabe der deutschen Wirtschaft untätig und ohnmächtig steht; daß nichts, aber auch gar nichts geschieht, um das Leid zu verhindern.

Wir wollen hier nicht die Frage auftaufen, ob es auch weiterhin verantwortet werden kann, daß eine Milliarde Gold wie ein angeborenes Gökenbild in der Reichsbank friedlich liegt, während die deutschen Papierchen im Ausland ihren letzten Wert verlieren. Zu oft haben wir auf diesen Unfug schon hincwiesen — der nur einen Sinn hat: vor bürgerlicher Verarmtheit in alte Ideen ein lächerliches Brandopfer darzubringen.

Der Reichstag hat sich vor zwei Tagen vertagt — gestern fuhren die Abgeordneten nach Hause. Heute schon ruht die Sozialdemokratische Fraktion ihre Mitglieder wieder nach Berlin. Der Zustand ist beinahe unerträglich. Die schleimende Krise macht jede Arbeit unmöglich, deswegen muß eine Entlastung gefällt werden. So oder so. Die Demokraten und das Zentrum werden sich entscheiden müssen: Rechts oder links. Geben sie ihre unerträgliche Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht auf, dann werden die parlamentarischen Wahlen verhindert. Und das ist in der gegenwärtigen Zeit unmöglich, sollen nicht die anzen Grundlagen unserer Regierung erschüttert werden. Die Sozialdemokratie muß dann, wohl oder übel, diesem Zustand ein Ende machen und aus der Regierung austreten. Ein Bürgerblock wäre dann der einzige Ausweg — von Petersen bis Heßlich.

Wie lange dieser geben die geschlossene Sozialdemokratie, gegen die geschlossenen Gewerkschaften regieren könnte, müßte sich erst zeigen. Die Herren könnten manche Überraschung erleben. Vielleicht würde dann mancher scheitern von seiner „Arbeitsgemeinschaftsduelle“. Vielleicht würden dann große Teile des republikanischen Bürgertums endlich wissen, welchen Gewichte sie bevorzugt haben, als sie auf die lockend schwarz-weiß-roten Leitmotive der „bürgerlichen Sammlung“ klopften.

Die Arbeiterschaft aber hat allen Grund, außerstande und mißtrauisch die Entwicklung zu verfolgen. Nicht nur die deutsche Währung ist in Gefahr; es geht gleichzeitig um die Grundlagen der deutschen Republik.

## Rücktritt des Kabinetts de Gasperi.

Paris, 27. Oktober.

Aus Rom wird gemeldet: Das Ministerium de Gasperi hat demissioniert.

Rom, 27. Okt.

Der Rücktritt des italienischen Kabinetts ist darauf zurückzuführen, daß die Gasristen mit dem Marsch auf Rom gedroht haben.

## Rückzug Lenins ins Privatleben?

Paris, 27. Oktober.

„Daily Express“ erfährt aus Riga, daß Moskauer Meldeungen zufolge Lenin endgültig seine Stellung als Diktator niedergelegt und sich auf das Land zurückgezogen hätte. Man glaubt, daß er sich von seinem leidenden Zustand nicht wieder erholt werden. Der „Temps“ gibt diese Meldung ebenfalls aber mit Vorbehalt wieder.

Dollar 4400.

## Das englische Parlament aufgelöst.

Der Wahlausgang der Labour Party.

Das englische Parlament ist am Donnerstag durch Dekret des Königs aufgelöst worden. Damit ist der Beginn großer Wahlkämpfe zwischen den Parteien offiziell angezeigt.

Die englische Arbeiterpartei hat als erste von allen Parteiorganisationen ein knapp gefasstes Wahlprogramm der Öffentlichkeit übergeben. Sie fordert: Revision aller Friedensverträge, Herausförderung der deutschen Reparationslast auf das Niveau der deutschen Produktivität, Wahrung der Orientalschaft durch alle interessierten Mächte, Anslauf aller Nationen zum Weltbund, volle Unabhängigkeit Irlands. Selbstverwaltung für Indien, Freundschaft mit Irland! Dieses außenpolitische Programm der englischen Arbeiter ist nicht neu, ist vielleicht sogar für den Arbeiter des Kontinents eine Selbstverständlichkeit. Für England, für das imperialistische, für das aus dem Kriege Siegreich hervorgegangene England ist das Programm etwas Neues. Revolutionäres. Seine Durchführung würde das Gesicht der alten Welt verändern. Das englische Weltreich wird vom französischen Imperialismus vom Monomanismus und vom Nationalismus befreit. Das Programm der Arbeiter könnte Englands Rettung sein, es ist anti-imperialistisch, aber nicht anti-englisch.

Das innerpolitische Programm der Arbeiter ist ebenso konsequent wie die außenpolitischen programmatischen Forderungen und verlangt eine Vermögenssteuer für Vermögen über 5000 Pfund zur Deckung der Kriegerkosten. Abfall der indirekten Steuern, Steuerfreiheit unter 250 Pfund Jahreseinkommen, Bevorzugung der Arbeiterschaft, Förderung der Landwirtschaft, Sicherstellung der Landarbeiter, Nationalisierung der Straßen und Eisenbahnen.

## Die Aufgaben der Reparationskommission.

Bredbury über die Berliner Reise.

London, 26. Oktober.

Die „Times“ veröffentlichten ein Telegramm ihres Pariser Beauftragten, in dem es heißt, nach Ansicht Bredburys sei es jetzt notwendig, daß die Kommission ihren Sitz dauernd in Berlin habe. Wenn es nach ihm ginge, so würde sie ihr Hauptquartier sofort nach Berlin verlegen. Die Franzosen seien jedoch nicht der Meinung, daß dieser Schritt irgendeine Erfahrung zeitigen würde. Der gesetzliche Besuch könne daher nur als Komprämiss ansehen werden. Der Beauftragte führt fort, wenn der Fall der Marsch auf Rom verhindert werden sollte, müsse dies durch Zusammenwirken der Berliner Regierung mit der Reparationskommission selbsttätig sein. Bredbury trete für Monatshonorar ein, die einschließlich dessen seien, er habe aber die Kommission bereits darauf hinzuweisen, daß es zwecklos wäre, sie der beruflichen Regierung aufzutragen. Es sei besser, preußische Vorstädte zu erfordern und die Vertreterin der Krieger und die Bevölkerung zu erhalten. Nur durch aufsichtige Auseinandersetzungen könne die Lage fest getestet werden.

## Die kommende Orientkonferenz.

Paris, 26. Oktober.

Die Verhandlungen zwischen den Verbündeten über die kommende Orientkonferenz dauern an. Lord Curzon hat dem französischen Botschafter in London eine Note überreicht, in der er vorauslegt, daß die Vereinigten Staaten einstweilen an der Konferenz nur durch ihren offiziellen Beobachter, sondern auch durch einen noncommissioned Vertreter teilnehmen werden. Lord Curzon schlägt weiter vor, daß die Einladungen vom Foreign Office aus verhindert werden und zwar durch Vermittlung des Botschafters Frankreichs, Italiens, Griechenlands, der Vereinigten Staaten, Spaniens und Portugals. Die Türkei soll durch die Oberamtmänner in Konstantinopel und Ankara eingeladen werden. Russland soll durch ein dorthinloses Telegramm von der Einladung in Kenntnis gesetzt werden, und man will es Moskau überlassen, Griechen und die Ukraine einzuladen. Neben den alten Gesandten hatte der italienische Botschafter Graf Sforza gestern eine Unterredung mit dem Präsidenten Poincaré. Die Mächte lassen durch je einen Minister und einen Diplomaten vertreten sein. Für Frankreich sind bis jetzt die Namen Collard und Barrete genannt worden.

## Aufstand in Ost-Galizien.

10 000 Aufständische.

Warschau, 26. Oktober.

Aus Warschau kommenden Privaträrichten aufzulösen stellen sich die in Ost-Galizien ausgebrochenen Unruhen im wesentlichen in einem ganz anderen Lichte dar, als man es im amtlichen Warshaw darzustellen verucht. Es handelt sich um einen ausgesprochenen politischen Aufstand der Krieger, der allmählich ganz Ost-Galizien erfaßt und täglich wächst. Man übertriebt nicht, wenn man die Zahl der nicht nur mit Gewehren und Handgranaten, sondern auch mit zahlreichen Maschinengewehren wohl ausgerüsteten Aufständischen schon heute auf etwa 10 000 Mann bestimmt.

## Überstürzter Abzug der Gasristen aus Neapel.

Rom, den 26. Oktober.

Die Gasristenkongress in Neapel wurde plötzlich unterbrochen. Die Führer rissen Haß über Kopf ab und ebenso die überwiegende Mehrheit der in voller Auflösung in Neapel angestromten 40 000 Kämpfern. Die Gründe des unerwarteten Szenenwechsels sind unbekannt. „Laut „Popolo d’ Italia“ erhält der General Colonna, welcher gleichzeitig Generalissimus ist, vom Kriegsminister die Aufforderung, entweder von seinem Posten zurückzutreten oder einem Militärgericht zu unterwerfen.

# Der Kampf gegen die Notverordnung.

## Mehrarbeit statt Währungsstabilisierung? — Der Riß in der Koalition.

Die gleichen Leute, die früher ihr Interesse für den Mittelstand nicht genug hervorheben konnten, gestern plötzlich darüber, daß den Valutaschiebern, die den Mittelstand enteignet haben, das Handwerk gelegt werden soll und verfügen nach Kräften dem zweifellos schwierigen Problem einer Stabilisierung der Mark auszuweichen. Ein Blick in die Berliner Presse von gestern abend beweist das deutlich. Statt sachlich zu unseren Forderungen Stellung zu nehmen und ihren Inhalt zu würdigen, bezeichnet man sie z. T. ohne jede Kritik als „Schlagworte“, oder sucht die Rettung aus dem Elend in dem Vorschlag des Herrn Thyssen, der bekanntlich von der Arbeiterschaft Mehrarbeit forderte.

Wir sind weit entfernt davon, die Bedeutung einer Produktionspolitik zu unterschätzen, aber soviel steht doch fest, daß eine Mehrleistung, deren Ertrag infolge erneuten Marksturzes — etwa aus politischen Gründen — nicht der Arbeiterschaft und den notleidenden Volkschichten, sondern den Sachwertbesitzern und Valutaschiebern zugute kommt, überhaupt nicht in Betracht zu ziehen ist. Das ist aber solange der Fall, als die Währung nicht stabilisiert ist. Wenn man darauf vermeint, daß die deutsche Handelsbilanz eine starke Passivität aufweist, so ist das nicht eine Ursache, sondern eine Folge des Währungsabgangs. Die katastrophale Entwertung der Mark hat ja dazu getrieben, daß in Deutschland ein völlig überflüssiger Verbrauch Platz gegriffen hat, weil sich jeder, der es nur konnte, der Geldentwertung durch die Flucht in die Ware zu entziehen versucht. Dadurch ist der inländische Verbrauch über das volkswirtschaftlich bedingte Maß hinaus gestiegen. Das würde bei einer Stabilisierung der Währung deutlich zu Tage treten, und dann wäre es auch eine große Frage, ob eine Mehrarbeit überhaupt zweckmäßig ist. Wer die Wirtschaft deutlich beobachtet, muß das bezweifeln. Vorläufig jedoch wäre sie nicht nur zweckwidrig, sondern sogar ein gänzlich fruchloses Opfer der Arbeiterschaft, dessen Ertrag weder ihr noch den anderen bedrohten Volkschichten zugute kommen kann, sondern wahrscheinlich nur in einem erhöhten Luxusverbrauch der begüterten Schichten und in einer weiteren Flucht angesammelter Reserven in die Devise, also in einer neuen Markvergleichung enden müßt. Ein Zertum ist es auch — und nach den Verhandlungen des Freihandelskongresses in Frankfurt ist es sogar eine Erfahrung —, wenn man den Anschein zu erweden sucht, als könnte man mit einer Mehrproduktion auch den Export wesentlich steigern. Das ist infolge der Zollschwankungen des Auslandes, die in den letzten Jahren unglaublich schnell gegen die deutsche Konkurrenz ausgerichtet worden sind, rein technisch unmöglich. Was soll aber mit einer Mehrproduktion geschehen, für die die Kaufkraft des Inlandes und die Kauflust des Auslandes fehlt?

Die Versuche, jetzt die Mehrproduktion zur Debatte zu stellen, sind also nur als Ablenkungsmanöver zu werten. Die Arbeiterschaft hat wiederholt, und nicht zuletzt im Kohlenbergbau, die Bereitwilligkeit zur Hilfe bewiesen, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Sie muß es aber ablehnen, die Frage zu erörtern, um damit einen Anlaß der Bekämpfung der Devisenpfehlung und einer wirtschaftlichen Sanierung der deutschen Wirtschaft in Kauf zu nehmen. Die Not ist schon zu sehr gestiegen, als daß man sie noch den Sport längwideriger Debatten über Fragen gefahren könnte, zu der eine Erörterung die maßgebenden Wirtschaftsschäfte im Reichswirtschaftsrat und anderwärts jahrelang Zeit hatten, ohne sich zu entscheidenden Vorschlägen auszutragen zu können. Es fehlt ihnen der Wille, und deswegen muß über ihren Widerstand hinweggegangen werden, andernfalls kann die Arbeiterschaft die Verantwortung für die drohenden Folgen nicht tragen.

\* \* \*

In der Beisprechung, die am Mittwoch die Deutung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler hatten, war vereinbart worden, daß am Donnerstag eine Konferenz mit den Parteiführern über die Devisenordnung fortfaßt sollte, zu der der Reichskanzler bereits die Vertreter des Zentrums, der Demokratien, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei eingeladen hatte. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hatten am Mittwoch sofort gekündigt, daß eine solche Beisprechung ihnen unzweckmäßig zu sein scheine, bevor nicht eine allgemeine Aussprache über das Problem der Stabilisierung der Mark und der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen erfolgen würde.

Die Beisprechung mit den Parteiführern begann Donnerstag mittag 11 Uhr in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichswirtschaftsministers. In der Beisprechung nahmen von der Sozialdemokratie die Generäle Hartmann, Müller, Breitfeld, Herz und Dr. Hilferding teil.

Nach einleitenden Bemerkungen des Reichskanzlers wurde von der Sozialdemokratie darauf hingewiesen, daß die Devisenordnung nur im Zusammenhang mit den anderen Problemen besprochen werden könne. Die sozialdemokratische Fraktion habe nichts dagegen, die Regierung zu vertreten, daß die Devisenordnung als ver-

einzelte Maßnahme nie den gewünschten Erfolg haben könne. Sie halte deshalb jetzt weitere positive Maßnahmen zur Stützung der Mark für erforderlich.

Es entwickelte sich sodann eine längere Debatte über die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Hierbei hatte insbesondere Genosse Hilferding Gelegenheit, in längeren Ausführungen die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zu begründen. Er legte vor allem dar, daß eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann eintreten könne, wenn durch die Stabilisierung der Mark der Ausgangspunkt und die Voraussetzung für eine Verbesserung unserer Handels- und Zahlungsposition geschaffen würde. Die Produktionssteigerung sei gewiß notwendig, sie liege hier aber nicht erreichen ohne die Stabilisierung der Mark. Umgekehrt ziehe aber die Stabilisierung der Mark eine Verdunstung der Wirtschaft und die Produktionssteigerung nach sich.

Die Verhandlungen wurden um 2 Uhr vertagt und um 3 Uhr wieder aufgenommen. In der Nachmittagssitzung antworteten die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf die Vorschläge Hilferdings. Dabei kam allgemein die Auffassung zum Ausdruck, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen zunächst der Prüfung eines Unterausschusses unterworfen werden sollten, der aus ein bis zwei Vertreter der Parteien gebildet werden sollte. In der weiteren Beisprechung beschäftigte man sich dann mit der Frage der Fortsetzung der Devisenverordnung. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt teilte mit, daß das Wirtschaftsministerium mit den übrigen beteiligten Ressorts wegen einiger notwendiger Änderungen Rücksicht genommen hätte. Die Veränderungen gehen in der Hauptsache darin, daß neben dem Importtarif der erste Abnehmerpreis noch haben soll, sich in fremder Währung bezahlen zu lassen. Zweitens soll gestartet werden, daß die laufenden Gelehrte abgewidert werden können, aber nur so, daß die Zahlungen in Mark erfolgen. Dritter soll für die im besetzten Gebiet notwendigen Einkäufe die Freigrenze von 20 000 auf 50 000 Mark erhöht werden. Der Reichswirtschaftsminister ließ aber keinen Zweifel daran, daß im Prinzip die Devisenverordnung aufrecht erhalten werden muß und daß es sich bei Änderungen nur um die Belebung kleiner Unebenheiten handeln kann. Die Mark aber müßt vor dem Verfall geschützt werden, sonst drohe uns der Untergang. Im Devisenverkehr müßt die fremde Devise verschwinden, auch die Kapitalanlage. Die Devisenverordnung sei eines der Mittel, dem Währungsverfall entgegenzuwirken. Er würde den Kampf für die Reichsmark aufnehmen.

Im weiteren Verlauf der Beisprechung stellte sich heraus, daß die Parteien in der Arbeitsgemeinschaft bereits in mehreren Sitzungen zu der Veränderung der Devisenverordnung Stellung genommen und Vorschläge vorbereitet hatten, deren Durchführung eine völlige Unterstellung der Devisenverordnung zur Folge haben würde. Die Vorschläge waren der Regierung jedoch noch nicht bekanntgegeben worden.

Während die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bräuchten, daß man in der Beurteilung der Lage nicht so weit auseinandergehe und die Bescheidenheit der Auffassung nur in den Methoden liege, die zur Änderung kommen sollten, zeigte sich bei der Beurteilung der Devisenverordnung sofort, daß die Gegenseite spülten der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft und der der sozialdemokratischen Fraktion sehr groß waren.

Vorberkämpfe mußten die Verhandlungen des gestrigen Tages den Gipfel erreichen, doch in der neuerdings üblichen Weise ein Schiedsgericht zwischen den in dieser Beziehung vertretenen Parteien nicht länger möglich ist. Es geht einfach nicht an, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in eingehenden Verhandlungen sich in den Details festlegen und dann als geschlossenes Blatt in Beisprechungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Fraktion einzutreten. Die Regierung ist keine Regierung einer Arbeitsgemeinschaft, in der die Deutsche Volkspartei vertreten ist. Die jetzige Koalitionsregierung kann auf sich die Brüderlein der Arbeitsgemeinschaft und der sozialdemokratischen Fraktion sehr groß warten.

Die Vorschläge der Sozialdemokratie haben deshalb bereits während der Beisprechungen die Erfüllung abgegeben, daß wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammenberufen wird.

\* \* \*

In dem von den Parteiführern eingesetzten Unterausschuß zur Bearbeitung der vom Reichswirtschaftsminister vorgeschlagenen Änderungen der Devisenverordnung wurde in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt. Die Devisenverordnung bleibt also erstaunlich noch im Laufe des Freitags bekannt gegeben werden. In Beiseite der Beisprechungen erkannten die Vertreter der bürgerlichen Parteien an, daß weitere Maßnahmen notwendig sind und erklärten sich bereit, zur Beisprechung dieser Maßnahmen bald wieder zusammenzutreten.

mit Sicherstellung der alten Arbeitzeit im Gange seien. Und schließlich zieht er daraus die Folgerung, daß nun rechtzeitig Devisengeld mit dem Rückgriff vorangehen müsse.

Unsere Redaktion sieht unklres Bild aus der Zentrumsszene. Und es ist sicher nicht ein bloßer Zufall, wenn auch die sozialdemokratische Zeitungs-Parlaments-Korrespondenz sich neuwährend in zufälliger Weise an die Seite derjenigen stellt, die die Arbeitszeit verlängern möchten. Sie polemisiert gegen die sozialdemokratischen Vertreter, die auf eine Stabilisierung der Mark hoffen, und behauptet, daß nicht nur in anderen Berufszweigen, sondern auch bei den Arbeitern und nicht zuletzt bei den zur Sozialdemokratie gehörenden Arbeitern gegenwärtige Wunde: „Was die Sozialdemokratie in ihren eigenen Reihen tut ist falsch“ (am Beispiel einer positiven Gewaltmaßnahme), das wird sie wohl wissen. Es wäre daher lächerlich gedacht und gekrönt, wenn sie sich erinnerte, hier mehr des Gemütes der ihr folgenden Meister zu schämen, als sich mit dem kühnsten Stimmen des verlausten politischen Genies und Sozialdemokratisches zu schämen.“ So viel steht allerdings die Sozialdemokratie ein, daß auch die Führer der Industrie, die Gewerbe und die Beamten zu einer Rücksicht ihrer bisher so einzigartig befolgten Politik des privaten Eigentums“ möglich wären, um die Stärke der Arbeiter zu erhalten.

Im Freitag wird sich der Reichstagskonsistorialrat mit den neuen Lohnpreiserhöhungen beschäftigen.

All das sind aber nur Umhintergründe für die nächste Tatsache, daß auch das Zentrum draußen und dran ist, den Arbeitstundenstag und die sozialen Rechte der Arbeiter bestmöglich zu helfen, während es zu einer ernsthaften Maßnahme gegen die Vereicherungsfucht und die Spekulationswut die Hand nicht reichen will.

## Gerchenfeld und die bayerische Volkspartei.

### Ausschreitungen in Passau.

SPD. München, 26. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Krise, die sowohl innerhalb der bayerischen Regierung wie innerhalb der Bayerischen Volkspartei besteht, spielt sich immer weiter zu. In der Bayerischen Volkspartei gegenwärtig bestehende Ausschreitungen. Es hat den Anschein, daß der rechtsextreme Flügel im Begriffe steht, die Führung der Partei vollständig an sich zu reißen. Bemerkenswert ist, daß der alte vernünftige, Abgeordnete Stütt aus der Parteileitung ausschieden will. Er soll erneut werden durch den jungen partikularistischen Abgeordneten Schäffer. Der Fraktionsvorsitzende, Geheimrat Held, hatte heute eine lange Ansprache mit dem Grafen Gerchenfeld, Graf Gerchenfeld hat die Vertrauensfrage gestellt. Er hat den dringenden Wunsch geäußert, sein Verhältnis zur Bayerischen Volkspartei restlos zu klären. Wenn er die Überzeugung gewinnt, daß er nicht das volle Vertrauen der Bayerischen Volkspartei in ihrer Gesamtheit besitzt, will er die Konsequenzen ziehen. Am Freitag beginnt der Parteitag der Bayerischen Volkspartei. Bei dieser Gelegenheit werden voraussichtlich klare Entscheidungen getroffen.

In Passau kam es anlässlich einer Besichtigung der Reichswaffenfabriken durch die Entente-Kommission zu großen Menschenansammlungen. Als die Entente-Kommission im Auto auffuhr, wurde der Kraftwagen mit Steinen und Holzhaufen bombardiert. Die Fenster des Autos wurden zertrümmert.

## Die Pfändungsgrenze.

### Umlich wird uns geschrieben:

Durch die vom Reichstag am 23. und 24. ds. Mts. verabschiedeten Gesetze ist sowohl beim Lohninkommen wie bei den Beamtengehältern die absolute Pfändungsgrenze von 12 000 auf 120 000 Mark erhöht. Beim Lohninkommen sind von dem überschreitenden Betrag wie bisher ein Drittel und bei Vorhandensein unterschiedlicher Gehälter für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Die für die höheren Lohninkommen bestehende Einschränkung, daß dem Schuldner von dem eine bestimmte Grenze überschreitenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltsverpflichtungen immer nur ein Drittel verbleibt, soll fortan erst Platzen, wenn der Lohn die Summe von 360 000 — bisher 50 000 — Mark für das Jahr übersteigt.

Bei den Beamtengehältern bleibt von dem die absolute Pfändungsgrenze überschreitenden Betrag noch wie vor zwei Dritteln unverändert. Außerdem wird wie bisher die Kinderhilfe einschließlich der zu ihnen gewährten Teuerungszuschüsse sowie die Dienstantrittsentlastung und nunmehr auch die Dienstauszeit unverändert. nicht dauernd der zu dem Grundgehalt und dem Ortszuschlag gewährte Teuerungszuschlag. Der Neuregelung der Gehaltsförderung ist bezüglich der auf die Zeit seit dem 1. Oktober entfallenden Bezüge rückwirkende Kraft beigelegt.

## Gegen das Fechenbach-Urteil.

Die Berliner Pressekonferenz, der Vertreter sämtlicher Berliner Blätter und größeren Provinzredaktionen ohne Unterschied der Partei angehörten, hat am Donnerstag mit 36 gegen 10 deutschnationale Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Ohne materiell zu dem Fechenbach-Prozeß Stellung zu nehmen, fühlt sich die Pressekonferenz durch die Urteilsbestürzung in diesem Prozeß bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und in der journalistischen Tätigkeit ihrer Mitglieder aus schwerster Bedrohung. Ein Gerichtsverfahren, bei dem die Ablehnung von Sachverständigen für Pressekreise mit der Bekündung erfolgen kann, daß das Gericht selbst sachverständlich genau sei, bietet nicht die Rechtssicherheit, unter der allein journalistische Tätigkeit möglich ist. Das Bedenken ist in der Urteilsbestürzung aber ist der Sak, daß Veröffentlichungen über geheime Waffensätze und bewaffnete Organisationen immer dann als Landesverrat anzusehen seien, wenn ausdrücklich gesagt oder auch nur durch Stillstehen der Anklage erweckt wird, daß eine Regierung diese Dinge beginne.“ Würde die Rechtsauffassung allgemein gültig, so ließe jeder Journalist Gefahr, wegen der Berichterstattung über reichsgesetzlich verbotene Institutionen und wegen der Kritik an Regierungsmaßnahmen als Landesverrater verurteilt zu werden.

Da eine Berufungsinstanz vor dem Volksgericht nicht gegeben ist, erwartet die Pressekonferenz vom Reichsjustizminister eine schändliche Klärung der Rechtslage und Maßnahmen zur Sicherung der von neuem bedrohten Pressefreiheit.“

## Die Bergarbeiterlöhne.

SPD. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne für die Ruhrbergleute haben am Mittwoch zu einem Schiedsspruch geführt. Ab 1. November werden die Löhne der Arbeiter über 20 Jahre um 50 %, über 18 Jahre um 40 %, und unter 18 Jahre um 30 % erhöht. Dazu soll eine Prämie von 1 Mark für jedes Kilo Kohle gezahlt werden, das im November im Vergleich zur Septemberförderung mehr gefördert wird. Bei den Bergarbeitern besteht bisher keine große Neigung zur Annahme eines solchen Prämienystems. Man wird abwarten müssen, wie die Bergarbeiterkameras sich zu dieser Neuerung stellen.

Im Anschluß an diese Verhandlungen wurden die Durchschnittslöhne im Kreisamt Sachsen um 340 Mark pro Schicht erhöht. Von den Bergleuten, die für die Ruhrbergwerke arbeiten, sollen in Oberholzhausen 95 % und Niederholzhausen 85 % erhöht werden. Für Leichterer Revier wurden 87 % von den Ruhrbergleuten, ausnahmsweise Sozialarbeiter, aber Plus je 20 Mark Haushalts- und Kindergeld festgesetzt. In Niederholzhausen kommen zu den Säcken des Leichterer Reviers noch für alle über 20 Jahre alten Arbeiter 10 Mark pro Schicht. Die Bergarbeiter des Kölner Braunkohlenreviers erhalten die gleichen Prämien wie ihre Kollegen an der Ruhr. Plus 150 Mark pro Schicht für alle über 20 Jahre alten Arbeiter. Für die anderen Reviere sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Im Freitag wird sich der Reichstagskonsistorialrat mit den neuen Lohnpreiserhöhungen beschäftigen.

Wegen Bekämpfung des Staategerichtshof zum Schutze der Republik hat Oberpräsident Höching den „Gießener Anzeiger“ (Wörther Zeitung und Kreisblatt) auf die Dauer von 3 Wochen, und zwar vom 26. Oktober bis 14. November, verboten.

# Das kollektive Arbeitsrecht.

Von Dr. Flato w., Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat es mit innerer Notwendigkeit mit sich gebracht, daß in einer Zeit wachsender Staatsfeindlichkeit gewisser Kreise die so oft als staatsfeindlich verschrieene Arbeitersklasse zum festesten Bollwerk des Staates geworden ist; instinktiv fühlt die Arbeiterschaft, daß sie in dem Staat ihre eigene Zukunft vertheidigt, und der heile Ozean und die Eternitum der Notwendigkeit, den Staat zu schützen, zu beeinflussen und im Sinne der politischen Ideale der Arbeitersklasse umzustalten war gewiß mit einer der treibenden Faktoren für die lebensstärkste erwartete Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien.

Wenige Gebiete unseres sozialen Lebens sind so geeignet, die Zusammenhänge zwischen Staat und wirtschaftlicher Lage des einzelnen auch dem letzten Arbeitnehmer klar zu machen, wie das kollektive Arbeitsrecht, das in Gestalt des Tarifvertrags, Betriebsräte und Schlichtungswesens heute das Schicksal der gesamten Arbeitnehmerkraft entscheidend beeinflusst. Wohl können in der Theorie die gewerkschaftlichen Organisationen und die Betriebsvertretungen, denen die Revolution und hernach die Weimarer Verfassung Lebensrecht in der deutschen Arbeitsverfassung verschafft hat, ohne das Dazwischenstehen staatlicher Organe in freiem, auf dem gegenseitigen Kräfteverhältnis beruhenden Zusammenwirken mit den Arbeitgebern die Arbeitsverhältnisse förmlich regeln. Aber die Praxis zeigt, daß weder die hierzu erforderliche lässiglose Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bisher erreichbar war, noch das staatliche Dazwischenstehen entbehrt werden kann, um mit dem möglichst geringsten Maß von Arbeitskämpfen das Ziel der neuen Arbeitsverfassung, die grundsätzlich allumfassende kollektive Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Hilfe der Gewerkschaften zu verwirklichen. Auch dort, wo die Organisationen sich anscheinend freiwillig einigen, gelingt dies — von dem Kräfteverhältnis der Parteien als wesentlichste Bedingung abgesehen —, oft genug nur, weil für den Fall des Mißlings im Hintergrund die Möglichkeit staatlichen Eingreifens gegeben ist. Darin besteht ja das grundsätzlich neue und oft keineswegs genügend gewürdigte Wesen des modernen kollektiven Arbeitsrechts, daß die Gewerkschaften, die eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses herbeiführen möchten (und ähnlich die Betriebsvertretungen im Rahmen ihrer betrieblichen Zuständigkeit), auch gegen den Willen der staatsfeindlichen Gegenpartei ein Tätigwerden des Schlichtungsausschusses herbeiführen können, der äußerstens in Abwesenheit des anderen Teiles seinen, wenn auch zunächst unverbindlichen Schiedspruch zu fällen hat. Dieser Schiedspruch kann dann durch das Mittel der Verbindlichkeitserklärung zwangsläufig zum Tarifvertrag und der Tarifvertrag wiederum schließlich durch das Mittel der Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch für die Arbeitsverträge der Aufenseiter, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben und leicht zu Lohndrücker werden könnten, zum maßgebenden Berufsrrecht werden.

In dreifacher Form wird so möglicherweise der Staat heute zum entscheidenden Faktor für das Arbeitsrecht des einzelnen Arbeiters: als Schlichtungsausschuß, als Behörde für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, den nach § 15 Absatz 4 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 bei mangelnder Einigung der Beisitzer die Landeszentralbehörde ernennet, der Regierungsräte als Demobilisierungskommissär (in Preußen) oder die sonst zur Verbindlichkeitserklärung befugte staatliche Behörde, das Reichsamt für Arbeitsvermittlung — bis vor kurzem das Reichsarbeitsministerium —, als die für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zuständige Behörde, sie alle drei beherrschten jeder in verschiedenen Stadien des kollektiven Arbeitsrechts heute das Schicksal von Millionen und aber Millionen von Menschen, die nicht ihren Angehörigen von dem Inhalt des Tarifvertrags in ihrer Existenz, in ihrem Anteil an dem gesamten Gütervorrat der Nation abhängen. Vergangenwärtigt man sich einmal diese Tatsache, so erkennt man, welche Bedeutung auch unter diesem Gesichtspunkt der Kampf um die politische Macht und um die, wenn auch in einer Koalition befindende, Teilnahme an ihr hat, weil damit die Beeinflussung der Personalpolitik, der Besetzung der soeben genannten drei verschiedenen öffentlichen Ämtern zusammenhängt. Ein gut Teil der Meinungsverschiedenheiten, die die Arbeitersklasse in den letzten vier Jahren im Zusammenhang mit der Frage der Koalitionsregierung durchwühlt haben, beruht auf einer ungenügenden Würdigung der Beziehungen zwischen Regierungsgewalt und Staatsverwaltung und ihrer Einwirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitersklasse. Wer die Grundgedanken des neuen, staatlichen Beeinflussung unterliegenden kollektiven Arbeitsrechts — Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung, Schlichtungswesen, Verbindlichkeitserklärung und Allgemeinverbindlichkeitserklärung — beacht, kann auch nicht grundsätzlich Absturz gegenüber dem Staat predigen, sondern muß sich allein von Zweckmäßigkeitswägungen leiten lassen, wenn die Frage der Beteiligung an der Regierungsbildung und die Übernahme dieses oder jenes Ministeriums zur Erörterung steht.

Eine besondere Bedeutung gewinnen diese Ausführungen, wenn man an die bevorstehende gesetzliche Neuregelung des Schlichtungswesens und des Tarifrechts denkt. Wie auch immer hierbei die gewiß schwierige Frage der Besetzung der

Schlichtungsmänner, Landeschlichtungsmänner, des Reichsrichthofs, der Tarifräte und der zur Verbindlichkeitserklärung berufenen partikulären Behörden geklärt werden wird, so ist doch unverkennbar, daß vingesichts der Tatsache des Gegenseitens von Arbeitgesetz und Arbeitnehmerrecht trotz aller Einigungs möglichkeiten und Vorschlagsrechte, die man den Beteiligten einräumen mag, oft genug die letzte Entscheidung, zumindest über die Person des Vorsitzenden (der Entwurf der Schlichtungsordnung sieht sogar an einigen Stellen eine Verstärkung der Schlichtungsbhörden durch weitere vom Staat ernannte Juristen oder durch vom Vorstehenden seinefeits anzuziehende Beisitzer vor), dem Staat verboten wird. Seine Regionalpolitik in diesen Dingen — es handelt sich hier um Befreiung des Reichs und der Länder — ist daher von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Arbeiterschaft und für das Gelingen und die Art der friedlichen Beilegung kollektiver Arbeitskämpfe. Keine noch so freundliche Bejahung und Förderung der arbeitsrechtlichen Selbstverwaltung der Organisationen kann im heutigen Staate die Tatsache des Klassenregimes und damit, soweit es sich vor allem um den friedlichen Ausgleich der Gegenseite mittels der Tarifverträge, als ständiges "Waffenstillstandsabkommen" handelt, der notwendigen staatlichen Einflußnahme, besonders in den schwersten Konflikten, aus der Welt schaffen. Es sei denn, man entschließe sich, das kollektive Arbeitsrecht bei mangelnder Einigung der Interessenten zum Stillstand zu verurteilen und nur von dem Ergebnis des Kampfes abhängig zu machen.

Diese Darlegungen wären unvollständig, wenn sie nicht wenigstens auch in diesem Zusammenhange aufzutreten, wie enge Beziehungen zwischen Sozialpolitik, besonders gegenüber den höheren Beamten bestehen, die — leiden es Verwaltungsbürokratie, Juristen oder Nationalökonom — wohl überwiegend heute wie in Zukunft den geistlichen Schlichtungsausschüssen, Tarifräten usw. vorliegen werden. Ihre geistige Einstellung ist für die Praxis des modernen Arbeitsrechts von weittragendem Einfluß. Hier gilt es für die Arbeitersbewegung moralische Erwerbungen zu machen, die Fehler in der Akademikerfrage nicht zu erneuern, sondern durch eine kluge und geschickte Universitätspolitik den jungen Studenten und Akademikern, dem künftigen Beamtennachwuchs, die Arbeitersbewegung in allen ihren Zweigen und Erscheinungsformen, auch im gewerkschaftlichen Widerstand, als Kulturbewegung vor Augen zu führen. Ihnen muß gezeigt werden, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht eine bloße Lohnbewegung des Handarbeiters ist, sondern daß ihr Ziel, mag es auch noch so fern liegen, die Befreiung aller arbeitenden Menschen von wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, die Schaffung einer wahren, persönlichen Freiheit und Gemeinschaftsinnung verhüpfenden Volksgemeinschaft ist. Das Bündnis zwischen Wissenschaft und Arbeit, das Laßalle selbst predigte, braucht wir heute mehr denn je, wollen wir eine Wirtschafts- und Sozialpolitik treiben, die sich nicht von den Kleininteressen kleiner Schichten, sondern allein von der Rücksichtnahme auf die körperliche, geistige und moralische Gesundung und Fortentwicklung unseres schwer gefährdeten Volkes leiten läßt, die auch unter Umständen vor harten Anforderungen an die Arbeitersklasse nicht zurückzuschrecken braucht, wenn sie im Interesse der Gesamtheit notwendig sind und durch entsprechende Opfer der andern Schichten des Volkes je nach ihrer Leistungsfähigkeit ergänzt werden.

## Bürgerblod auch in Thüringen.

Weimar, 24. Oktober.

Der auf Antrag der bürgerlichen Fraktionen, einschließlich der Demokraten, am Montag zusammengetretene Thüringer Landtag beschäftigte sich in der Dienstagssitzung mit der Beantwortung der Interpellation der Rechten und der Demokraten, die diese auf Grund des bei den Kommunalwahlen zustandegekommenen Wahlsieges einbringen zu müssen glaubten: „Wie gedenkt die Regierung den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen?“

Staatsminister Genosse Gröhlisch beantwortete diese Frage, indem er ausführte: „Die Frage ist an die falsche Adresse gerichtet. Nach § 3 der Verfassung wird die Staatsgewalt in erster Linie von den Stimmberchtigten reichsdeutschen Landeseinwohnern, in zweiter durch den Landtag und in dritter durch die Regierung ausgeübt. Der Landtag beruft nach § 5 die Landesregierung. Die Landesregierung hat den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung zu tragen. Es könnte dies nur Aufgabe des Landtages oder des Volkes sein. Denn nach § 16 der Verfassung erfolgt eine Auflösung des Landtages durch eigenen Beschluss. Die Auflösung durch die Landesregierung kann nur dann erfolgen, wenn die Auflösung des Landtages durch Volksentscheid beschlossen ist. Die Regierung hat keine Veranlassung, von sich aus irgendwelche Schritte zu unternehmen. Die Regierung kann, insoweit die Interpellation sie bewegen will, den angeblich veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, auf die §§ 39 und 40 verweisen.“ Darauf kann der Landtag in der gesamten Mehrheit der Abgeordneten der Regierung das Misstrauen aussprechen.“

Die Rechtsparteien brachten darauf im Verein mit den Demokraten einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein.

## Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Müggel.

### Schlus.

„Eine Nachricht, — die — die — Sie wissen es nicht, und ich habe es auch nicht gewußt, daß Erik Meldal noch einen Verwandten von seiner Mutter Seite besaß. Die Großmutter, glaube ich, waren Schwestern — aber man hatte sich in der Familie so ziemlich vergessen, wie das nicht selten geschieht; lämmerte sich nicht um einander.“

„Nun, dieser Vetter oder dergleichen?“ unterbrach ihn Schiemann.

„Er wohnte in Moß, und Erik Meldal lernte ihn kennen.“

„O! rief der Handels herr lachend, „ih ist es wohl der Gutsbesitzer, der mit seiner Tochter nach Frederikshavn kam, worauf der lustige Leutnant ihr nachraste? Hat er sie geheiratet?“

„Das ist nicht geschehen, aber —“

„Er hat sich mit ihr verlobt?“

„Auch das nicht“ erwiderte Herr Bille, sich verlegen räusperrnd. „Dieser Vetter ist im vorigen Jahre gestorben.“

„Ja, fröhlich, dann mußte er die Trauerzeit abwarten, doch nun wird bald Hochzeit sein?“

„Lassen Sie mich austreden,“ sagte der Pfarrer. „Die Tochter war eine Pflege Tochter, schon etwas bei Jahren. Sie hat jedoch das ganze hinterlassene Vermögen geerbt, und das war beträchtlich.“

„Um so besser!“ lachte Schiemann; „der leichtsinnige Patron wird sich an ihr Alter nicht lehren wenn es mit dem Gelde seine Richtigkeit hat.“

„Es ist von Heiraten überhaupt nicht die Rede!“ rief Herr Bille bestürzt. „Es ist ein altes, eisendes Frauenzimmer, aber das Testament könnte angegriffen werden. Wenn dies jedoch geschehen sollte, müßten Untersuchungen ange stellt, müßten Dokumente zu Rate gezogen werden, müßte nach Christiania und Moß gereist werden. Erik Meldal hätte neuerlich Mut noch dazu, er

hätte auch kein Geld, um die Reisen und Schritte zu machen. Aber Thorvald ließ ihm keine Ruhe und endlich schrieb er heimlich an seinen Vater, der hörte sich zweihundert Taler bei Ihnen und schickte sie ihm.“

„Das Geld gab er darauf gewiß dem Kaufmann?“ fragte Herr Schiemann und verzog sein Gesicht.

„Das tat er. Erik reiste nach Christiania und nach Moß und saß in einem Bergfeld mit der Pflegemutter abgeschlossen worden, wonach sie beide die Erbschaft teilen. Er kommt dadurch zu einer beträchtlichen Summe.“

Herr Schiemann hatte eine Zeitslang ernsthafter zugehört, saß aber rief er vorwurfsvoll spöttend: „Und das glauben Sie, mein verehrter Freund? Solche Märchen wollen Sie sich doch nicht aufzählen lassen!“

„Es ist Wahrheit!“ rief Herr Bille würdevoll. „Mein Sohn schreibt es mir aus Christiania, und diesen Brief redeßt gültigen Beweisen habe ich heute erhalten von — von —“

„Bon mir!“ sagte jemand hinter dem Herrn Schiemann, und da er sich überrascht umwandte, als er die fröhliche volle Stimme hörte, sah er die Tür weit geöffnet. Mitten darin stand der Leutnant Erik Meldal, an seiner Hand Fräulein Else. Hinter den beiden aber erschloß er Sigrid und Thorvald Knud, und ganz hinten standen der Fischer Gustaf Hansen und der Verwalter Hornberg von Meldalsgaard.

Herr Schiemann sah mit einem Blick die ganze Gesellschaft, schaute sich dann wieder ab, stellte seinen Blumenstrauß hastig in die Tasche und griff nach seinem Hut.

„Das sind allerdings Gottes Schülerungen“, sprach Herr Bille mit lächelndem Gesicht. „Er hat es so gefügt, und Sie werden einsehen, lieber, geehrter Freund, daß — daß —“

„Ich gratuliere! Gratuliere!“ rief Herr Schiemann und beugte sich rechts und links, „habe nichts weiter hinzuzufügen.“

„Sleben Sie doch“, sagte Herr Bille und sah nach seiner Hand.

„Dirigende Geschäftsfrau!“ antwortete Schiemann. „Ein anderer. Leden Sie wohl, Herr Pfarrer, leben Sie wohl!“

„Für noch ein Wort!“ begann Erik Meldal und trat näher. „Sie sind so freundlich gewesen, sich meinetwegen in jeder Weise ange-

## Geheimbund im Zuchthaus!

München, 25. Oktober.

Am Dienstag wurden die im Landesvertragsprozeß verurteilten Angeklagten Geheimbund, Dr. Gargas und Lemke zur Strafverbüßung nach Ebrach bzw. Straubing ins Zuchthaus gebracht.

Hinter den Toren eines der schändlichsten Justizmorde, die die Weltgeschichte kennt, haben sich die Tore des Zuchthaus geöffnet. Da es gegen das fürchtbare Urteil keine Revision gibt und die gegenwärtige bayrische Regierung — wenn auch einzelne ihrer Mitglieder keine verhängnisvolle Tragweite erkennen sollten — bei der gegenwärtigen Lagerung der politischen Machtverhältnisse in Bayern auch nicht den Mut finden wird, den einzigen offengebliebenen Weg der Begnadigung zu beschreiten, kann unmittelbar zur Rettung der Opfer und zur Wiederherstellung des geborgten Rechts nichts Entscheidendes getan werden. Dennoch wäre nichts unwürdiger als schwäbische Resignation. Die Sozialdemokratische Partei hat in den Parlamenten und in der Presse den Kampf ums Recht aufgenommen, und sie rechnet in diesem Kampf auf die tapferste Hilfe aller ehrlich denkenden Menschen in Deutschland und in der ganzen Welt ohne Unterschied der Partei.

Der „Bewärts“ wird in der nächsten Zeit eine Reihe von Aussägen veröffentlichten, die er die richtige Vorstellung geben werden von der Ungeheuerlichkeit, die in München verübt worden ist. Die parlamentarischen Verhandlungen werden weitere Aufklärung bringen. Wenn die Welt erfährt, was im Geheimbund-Prozeß geschehen ist, wird eine Bewegung entstehen, die schließlich auch stark genug sein wird, die bayrischen Zuchthäuser zu zerbrechen.

## Um Max Hölzens Wohlbeinden.

Wenn den Kommunisten der Nahrungsmangel ausgeht, lassen sie Max Hölz in den Hungerstreik treten und schlecht behandeln. Kürzlich veröffentlichten wir einen Brief von Max Hölz im Auszug aus dem hervorgegangen, daß er seinen Verteidigern Vollmacht gegeben hat, über seine Behandlung im Gefängnis zu schreiben, was ihrer Agitation nützlich ist. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Max-Hölz-Meldungen der kommunistischen Presse von vornherein als aufgelegter Schwund zu betrachten. So ist es auch mit dem neuen Hungerstreik. Max Hölz erfreut sich nach unseren Informationen eines so gesegneten Appetits, daß er nicht nur die Nahrungskost, sondern auch alle Liebesgaben reitlos und mit auem Erfolg verzehrt. Er erhält auch Zeitungen und Druckschriften in weitestgehendem Maße, und sein Zellenfenster wird entgegen den Meldungen der kommunistischen Presse täglich Vormittags und Nachmittags je zwei Stunden geöffnet.

## SDIE SWEDENSCHE.

### Die Märkte.

Hamburg, den 25. Oktober.

Der Kinderantrieb belief sich auf 3394 Stück, der Antrieb bestand aus 1465 Ochsen, 425 Büffeln, 718 Kühen und 706 Rindern. Die Preise waren: Ochsen I 170—185, II 140—160, III 100—120; Büffeln I 138—165, II 110—135, III 85—105; Küren I 170—185, II 140—160, III 100—120; Pferden 170—195; Kühe I 170 bis 180, II 135—160, III 105—130, IV 65—100 Mt. Die Viehfermungsgebiete für die inländischen Kinder waren Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg, Brandenburg. Der Verband betrug 930 Kinder. Ferner wurden 1728 Schafe angestrieben. Viehdienstleiste I 180 bis 200, II 180—160, III 80—120 Mt. Viehfermungsgebiete: Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg, Brandenburg. Der Verband betrug 200 Schafe.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 27. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

26. Oktober. 25. Oktober.

Amsterdam	1 fl.	1735.65	1742.62
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	280.20	291.76
Kristiania	1 Kr.	795.50	800.—
Kopenhagen	1 Kr.	826.—	892.76
Stockholm	1 Kr.	1180.50	1192.—
Helsingfors	1 finn. Mk.	105.72	106.98
Rom	1 Lire	170.57	179.55
London	1 £	19750.50	19850.25
New York	1 Doll.	4448.85	4463.81
Paris	1 Frs.	806.28	817.20
Zürich	1 Frs.	805.48	817.95
Madrid	1 Pesetas	675.80	681.29
Wien	100 Kr.	5.78	6.03
Prag	1 Kr.	139.89	

## Amtlicher Teil.

Der Senat hat zum Verteil der Wahl zu dem Amtsschutz der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte den Senator Dr. Vermehren ernannt. (8610)

Höchstpreise ab 28. Oktober 1922.

Roggengrobbrot (Markenbrot)  
1900 gr 98.— Mit. 950 gr 49.— Mit.  
Feinbrot (Markenbrot)  
1900 gr 108.— Mit. 950 gr 54.— Mit.  
Brotmisch 76.— Mit. das Dutz. (8622)  
Lübeck, den 26. Oktober 1922.

Das Landesversorgungsamt.

## Aufgebot.

Der Kapitän a. D. Johann Nachtwen in Lübeck hat das Aufgebot beantragt, zur Kraftlosserklärung des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Lübeck, innere Stadt, BL 862 in Abt. III unter Nr. 8 für den Anstrichsteller eingetragene Hypothek von 1500,— Mark zu Lasten des Grundstücks an der Untertrave Nr. 78.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte innerhalb in dem Termine am 6. Februar 1923, vormittags 11½ Uhr, anzumelden und die Urkunde vorzulegen, wodurch die Kraftlosserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Lübeck, den 26. Oktober 1922. (8611)

Das Amtsgericht, Abt. VI.

## Aufgebot.

Der Witwe Jul. Graenitz in Bonn, Kronprinzenstraße Nr. 6, hat das Aufgebot beantragt zur Kraftlosserklärung der von der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck auf den Namen des Kaufmanns Adolf Stieff in Crefeld ausgestellten, an die Chefarzt Marianne Beck geb. Sonnen auszuübenden Lebensversicherungs-Police Nr. 186 604 über 5000,— M.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert seine Rechte innerhalb in dem Termine am 6. Februar 1923, vormittags 11½ Uhr, anzumelden und die Urkunde vorzulegen, wodurch die Kraftlosserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Lübeck, den 26. Oktober 1922. (8612)

Das Amtsgericht, Abt. VI.

## Bekanntmachung für die Gebanmen.

Der durch Urkunde H der Dienstverwaltung vom 28. November 1912 für die Gebanmen ergebenen Lehr- und Wiederherstellungssturz wird in diesem Jahre vom 7.—24. November, an jedem Dienstag und Donnerstag, nachmittags 5½ bis 6½ Uhr, (beginnend am 7. November) in der Dom-Mädchenschule, Domkirchhof 6, aufzufinden.

Lübeck, den 26. Oktober 1922. (8613)

Das Gesundheitsamt.

## Richterlicher Teil.

Zu sofort oder später ein  
**Steindrückerlehtling** gründet  
Gebangigie Abgeg. Lüftoff u. Steindrücker,  
Johannistraße 23. (8614)

Ständig Wiedchen für  
kleine Arbeit um Blumen  
etwa 1000.— (8615)  
Für ab 1000.—  
2 je. Schubl. Nach. ein  
etwa 1000.— (8616)  
A 500.— b. Grp. 63.—  
Zum 1. 11. mit Zimmer  
zu vermieten. (8617)  
Steindrückerme 11.  
Zu leihen gel. als Groß  
oder Klein. Eine. und  
A 500.— b. Grp. 63.—  
Bill. a. zw. 11. —  
für 10—14. (8618)  
Gärtner 112. (8619)  
Gärtner 112. (8620)

**Carl Möller** Richter 44  
Richter 2336  
Doppeltes Rindfleisch 110.—  
Sommerfleisch 110.—  
Schaf 110.— Brieftasche, Bettwäsche,  
Gefüllt, sowie alle anderen  
Vieligen Lägerstücke.

8621

**Delze**  
kaufen Sie jetzt noch vor-  
teilhaft im  
Pelzhaus

**Friedr. Zimmermann,**

Königstr. 24. Ecke Pfaffenstr.

Zobel, Skunks, patagonische Kanin-  
Kolliers von 1100 Mk. an.

Echte Krägen von 1800 Mk. an.

Auf faire Sachen kann ausgewählt und können  
die Gegenstände auf Wunsch zurückgestellt  
werden. (8622)

**Ankunft (ein Wiederholung)**

Hosen, Knie, Ränder, Utens., Frakts.

8623

8624

8625

8626

8627

8628

8629

8630

8631

8632

8633

8634

8635

8636

8637

8638

8639

8640

8641

8642

8643

8644

8645

8646

8647

8648

8649

8650

8651

8652

8653

8654

8655

8656

8657

8658

8659

8660

8661

8662

8663

8664

8665

8666

8667

8668

8669

8670

8671

8672

8673

8674

8675

8676

8677

8678

8679

8680

8681

8682

8683

8684

8685

8686

8687

8688

8689

8690

8691

8692

8693

8694

8695

8696

8697

8698

8699

8610

8611

8612

8613

8614

8615

8616

8617

8618

8619

8620

8621

8622

8623

8624

8625

8626

8627

8628

8629

8630

8631

8632

8633

8634

8635

8636

8637

8638

8639

8640

8641

8642

8643

8644

8645

8646

8647

8648

8649

8650

8651

8652

8653

8654

8655

8656

8657

8658

8659

8660

8661

8662

8663

8664

8665

8666

8667

8668

8669

8670

8671

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 27. Oktober.

### Eine neue Preiswelle

Schlingert sich über das ausgemergelte deutsche Volk, macht jeden Vorwürf der geplagten Haushalte zunichte. Seien es Lebensmittel, Kleider oder Schuhe, alles Notwendige steigt von Tag zu Tag und noch ist kein Ende abzusehen. Raffflüchtige Elemente tun das Schräge, jeden Markttag zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Katastrophe zu gestalten. Gegen zehn Millionen Deutschen — ein Sechstel des ganzen Volkes! — ist vollständig oder teilweise auf öffentliche Unterstützung angewiesen. In dem Maße, wie die Mark sinkt, steigt die Zahl der Unglückslichen, die der Armen- und Wohlfahrtspflege anheimfallen. Vor diesen erschütternden Tatsache müssen alle anderen Sorgen zurücktreten.

Gemäß haben das Reich, die Länder und die Gemeinden in den letzten Monaten mehr als früher getan, um die schwierige Lage der Sozial- und Kleinrentner zu mildern. Zur Beschaffung von Wintervorräten hat das Reich neuerdings neben den Mitteln für die laufende Unterstützung den Betrag von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt. Für das „neue Proletariat“, die Kleinrentner, sind für die Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 500 Millionen Mark an Reichsmitteln bereitgestellt worden. Auf das Drängen der Sozialdemokratie wurde dieser Betrag jetzt auf ebenfalls eine Milliarde Mark erhöht und den Ländern sofort zur Verfügung gestellt. Beträchtliches wird überdies von den Ländern und zahlreichen Gemeinden aus eigenen Mitteln geleistet. Zum Teil ist von der privaten Hilfe dasselbe zu sagen. Alle diese Maßnahmen reichen aber nicht im Entferntesten hin, der ungewöhnlichen Not entgegenzuwirken, die, je länger sie andauert und je mehr sie wächst, zu einer ungeheuren Gefahr für die gesamte deutsche Volksgemeinschaft zu werden droht.

Und die Not wird noch schärfer Formen annehmen. Durch die Schuld der Rechtspartei, einschließlich der Demokraten, deren führendes Blatt das „Berl. Tagebl.“, eine Feromine gerade über den horrenden Getreidepreis antwortet, obwohl es diesen mit herabfallen half. Das Blatt erinnert daran, daß sich der legitime Handel im Frühjahr gegen den Brotmuri verwehrte, er kaufe Getreide für 1000—1200 M. pro Zentner auf. Heute aber liege es klar vor Augen, daß die Exkiskation auf das Sinken der Mark und auf das Steigen der Getreidepreise nur zu gut begründet war. Der Zentner Weizen wurde durch den Berliner Produktenbörse mit 9500 bis 9700 Mark und der Zentner Nooren mit 9000 bis 9200 Mark gehandelt. Wer also im März 1000 Mark ansetzt, der kann heute schmucklos den unfaulen Preis einstreichen. Damit zusammenhängend hat auch der Brot preis eine Steigerung erfahren, die kaum für möglich gehalten wurde. Die Preise für Fleisch und besonders für alle Fette haben sich der Steigerung der Getreidepreise angepaßt. Das Schmeichelmaß ist bereits auf 750 Mark für das Bünd gestiegen. Die gestrigen Großhandelspreise verzeichnen für Braten nochmal Bereits 720 bis 725 Mark für das Bünd was für den Kleinhandel mindestens 550 bis 600 Mark ausmachen würde. Nicht anders steht es auch mit dem Zucker. Auslandszucker ist kaum zu erhalten. Dafür stehen die Preise für Auslandszucker um so bestimmt fest. Nach dem Vereinssatz der Großhandelsvereine kostete ein Kilo Auslandszucker 25,25 bis 25,50 Mark, was einem Kleinhandelspreis von etwa 300 Mark entspricht. Dazu kommen die Preise für Kohlen, die in absehbarer Zeit auf das Dreifache bis Dreifache der heutigen Preise gestiegen werden."

Sehen wir noch hinaus, daß Kleider und Schuhe dem Dollarpreis anpassen, während die Löhne mit leidenschaftlichem Anstieg, dann ist für den Winter das Elend nicht absehbar. Die Arbeitnehmer können eben nicht, wie der Kaufmann mit Radiosummi und Kleinstverkauf arbeiten. Richtig ist, daß die Hände, aus denen das Leder neuerlich wird, zum größten Teil aus dem Auslande stammen. In den Zentralmärkten der Schuhproduktion haben schon erhebliche Betriebsausfälle stattgefunden, in Birmensdorf, in Erfurt, den Hochburgen der deutschen Schuhfabrikation, mehren sich die Entlassungen von Mutter zu Mutter und noch ist das Ende gar nicht absehbar. Vorsichtiglich noch fanden Dienstleister, die über etwas Geld verfügen, an Kleidung und Schuhen, was sich nur anstreben läßt. Um meisten gefragt werden noch die billigeren Sorten, dann Leute, die diese Artikel benutzen, die können es sich noch nicht leisten, wenn auch das Raat im Preis um ein paar Tausend Mark mehr in die Höhe setzt. Im allgemeinen ist heute ein brauchbarer Pantoffel nicht unter 2000 Mark zu haben. Kinderschuhe und -stiefel fallen in den letzten Größen gegen 1500 Mark bis 2500 Mark. Für Damenstiefel muß man ebenfalls, wenn man etwas Brauchbares kaufen will, mindestens 2000 Mark ansetzen. Nach oben gibt es überhaupt keine Preisgrenze. Es wird gerade in Schwabach ein Kurzgeschäft, das alles Marktstand und den Dienstleistern, die nicht das Nötigste zum Leben haben und die zusehen müssen, wie für einen Haar Stiefel, ohne mit der Wimper zu zucken, ein Monatsentommen hinzubringen wird, auf das äußerste erkranken muss.

### Hungerstroßpreise.

Die Wirkung der Dollarhaube greift mit unerhörter Brutalität an den Magen. Das Landesversorgungsamt veröffentlicht die neuen Preise für Markenbrot und Milch:

Bisheriger Preis für Brot 43 resp. 47 Mark, neuer Preis:

98 resp. 108 Mark.

Der Milchpreis wurde von 62 Mark auf

76 Mark

für das Liter festgesetzt. Die kapitalistische Wirtschaftspolitik wird hier in runden Zahlen ausgedrückt. Die Folgen dieser ewigen Preistrampe sind gar nicht auszumalen. Not und Elend schreiten im Eiltempo über das verarmte Volk hinweg und reichen Hunderttausende zu rattem Siechtum und zum Hungertode hinab. Das ist die kapitalistische, die christliche Welt!!!

### Bürgerschaftsvorlagen.

Mittel für die soziale Fürsorge. Die Verbände der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen haben den Senat gebeten, dafür einzutreten, daß den Witwen bezw. den Eltern der Gefallenen eine einmalige Beihilfe von 5000 Mark und den Kindern der Gefallenen 2000 Mark gewährt werde. Die allgemeine Wirtschaftshilfe aller Kriegerwitwen und erwerbslosen Kriegsbeschädigten würde nach überschläglicher Schätzung mindestens 16 000 000 Mark verursachen. Außerdem würde damit zu rechnen sein, daß andere Gruppen Bedürftiger, die teilweise noch geringeres Einkommen haben, wie z. B. die Kleinrentner und Sozialrent-

ner, demnächst mit gleichen Wünschen an die gesetzgebenden Kreisverhältnisse herantreten. Da es sich in diesen Kreisen um eine weit höhere Zahl von Bedürftigen handelt, würden für Beihilfen ganz erhebliche Summen in Betracht kommen. Eine solche Gewährung allgemeiner Wirtschaftshilfen hat sich sowohl vom Standpunkt der Fürsorge wie vom Standpunkt möglichst sparsamer Verteilung der vorhandenen Mittel stets als unzweckmäßig erwiesen. Bei einer Besprechung von Bürgerschaftsmitgliedern und Vertretern der Verbände befürwortete man die Ergänzung und zum weiteren Ausbau individueller Vermehrung etwa zur Verfügung stehender Mittel zur Fürsorge. Für das laufende Rechnungsjahr stehen für die soziale Fürsorge einschließlich der vom Reich noch in Aussicht gestellten Mittel und einschließlich des von Lübeck zur Verfügung stehenden Fünftels rund 1 800 000 Mark bereit. Von diesem Betrag sind bis Ende September etwa 800 000 M. ausgegeben worden. Da für den Winter außer den besonderen Wintervorrichtungen zum mindesten mit einer Verdopplung aller laufenden Unterstützungen zu rechnen ist, so entsteht ein Defizitbetrag von rund einer Million Mark. Falls das Reich, wie zu erwarten steht, weitere Mittel für Fürsorgezwecke zur Verfügung stellt, würde ein Teil dieses Betrages aus Reichsmitteln gedeckt werden können. Der Senat beantragt, dem Wohlfahrtsamt eine weitere Million Mark zur Verfügung zu stellen.

**Schiedspruch für das Baumgewerbe.** Auf Antrag der Partei tagte am Dienstag, dem 24. Oktober, das Bezirkslohnamt für die Provinz Schleswig-Holstein und Hamburg in Kiel. Nach eingehender Beratung wurde unter Würdigung der eingetretenen rapiden Teuerung vom Bezirkslohnamt folgender Schiedspruch verkündet: „Auf die jetzt bestehenden tariflichen Löhne wird für die Zeit vom 26. 10. bis 30. 11. 1922 im gesamten Vertragsgebiet im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe sämtlichen Arbeitnehmern, einschließlich Maschinisten und Heizern, ein Aufschlag von 45 Prozent auf die Abrechnung der sich danach ergebenden Preistreite auf volle 10 Pfennige nach oben. Falls sich die jetzige Indexziffer von Hamburg (20 493,28) bis zum 15. November 1922 um 15 Prozent erhöht, soll durch das Bezirkslohnamt für die Zeit ab 15. November 1922 eine neue Lohnregelung erfolgen.“ Nach Bekanntgabe der Parteien wurde die Zustimmung erzielt auf Montag, den 29. Oktober, festgestellt. Beide Parteien erklärt, für die Annahme des Schiedspruchs eintreten zu wollen.

**Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages.** Der am 11. Oktober 1922 abgeschlossene Nachtrag zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag für die laufmännischen und technischen Angestellten der Hütten- und Metallindustrie vom 1. Juni 1921 ist durch Verfügung des Reichsarbeitsverwaltung für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. September 1922. Alle laufmännischen und technischen Angestellten der Hütten- und Metallindustrie haben damit Anspruch auf Zahlung der in dem Nachtrag festgelegten Mindestgehälter.

**Bericht bei Auswanderungsangeboten.** Emil Kahl in Neumünster bei Lübeck berichtet in Tageszeitungen Handwerker und Arbeiter aller Art. Die sich an ihn Wendenden erhalten einen Prospekt mit allgemeinen Redensarten über Rumänien und der Aufforderung zur Zahlung von 400 M. Vermittlergehalt. Nach den Ermittlungen entbehrt das Angebot des Kahl jeder Grundlage. Er ist Kleinunternehmer und will nach Rumänien auswandern, um sich dort Arbeitgeberadressen zu verschaffen. Das Strafverfahren gegen Kahl ist im Gang. Auswanderungswillige seien von Januszprahna gewarnt.

**Zur Rinderung winterlicher Not, vor allem unter den Alten.** Rist die Zentrale für private Fürsorge aufs neue auf. Bislang sind schon reiche Beträge der Sammlung zugeschlossen, aber sie sind doch nur gering, wenn man die Größe der Not daneben ins Auge sieht, darum gilt es weiter zu sammeln und vor allem: opferfrei zu geben! Die Geschäftsstelle der Sammlung ist Joannisstraße 47/49, Fernspr. 8744.

**pd. Eine teure Liebesnacht.** Festgenommen wurde das in der Geheimschreiberwohnung befindliche Büro des „D. O. ....“ und deren Schreiber, die Kontoristin H. D. ...., wegen Diebstahls. Sie hatten in letzter Zeit einen etwas leichtsinnigen Lebenswandel geführt und in einem Vergnügungsklub 2 Ausländer kennen gelernt, mit denen sie zeichnen und zusammen im Hotel übernachten. Nachdem sich am nächsten Morgen die beiden Mädchen aus dem Hotel entfernt hatten, vermisste der eine der Galieger seine Briefstelle mit 97 700 Mark deutschem Geld, 301 schwedischen Kronen und einer über 5000 Kronen lautenden Creditkarte. Durch sofort angestellte Ermittlungen der Kriminalpolizei konnten die Täterinnen ermittelt und das Geld wieder herbeigeschafft werden. Sie hatten in einer Wohnung in einem Mülheimer unter Müll verstckt. Der Creditkarte selbst war aber von ihnen zerrissen und durch Klosettwaasser fortgespült.

### Blutwelle auf Versammlungen, Theater usw.

**Haspa-Theater.** Freitag: „Griegi“; Sonnabend, neu eröffnet: „Hilmjauber“ von Walter Kollo.

**Stadttheater.** Im Freitag-Abonnement wird zum letztenmal „Die Juden“ gegeben. Sonnabend für die Volksbühne: „Der Zigeunerbaron“. Sonntag, nachmittag: „Ulenvegel“, abends: zum erstenmal: „Die toten Augen“ von O. Albert. Im volkstümlichen Konzert am Montag wird Beethovens 4. Sinfonie gespielt. Les Preludes von Liszt, Ouvertüre zu „Wilhelm Tell“ von Rossini u. a. m.

### Rauschanteilscheine für den Lübecker Volksboten.

### Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Gefährliche Schiffsprärate. Der bei Freiburg auf der Elbe ankernde Motorboot „Bertha“ wurde am letzten Sonntag von vier bewaffneten Personen, die mit einem Boot anlegten, überfallen. Die unbewaffnete Mannschaft wurde ins Boot geläppt und der Kapitän schwer durch Schüsse verwundet. Nachdem die Piraten alles Geld an Bord an sich genommen hatten, festeten sie den Kapitän, zwangen einen Mann der Besatzung, den Motor zu bedienen und führten mit dem Schoner nach der Jadebucht, wo das Schiff strandete. Hier gelang es dem Kapitän, sich zu befreien und mit der Mannschaft das Schiff zu verlassen, während die Piraten an Bord des sinkenden Schoners blieben, bis sie später vom Lotsenkommando gerettet wurden. Nach Auflösung der Sache wurden die Piraten, die wahrscheinlich aus Fuhrthüttel entstammene Buchhäusler sind, in Haft genommen. Das Schiff mit seiner wertvollen Ladung gilt als verloren.

**Hamburg.** Zu Tumulten kam es in der letzten Bürgerschaftssitzung. Während einer Rede des Kommunisten Kühl wurden Zwischenrufe von der Zuschauertribüne gemacht. Die von

einem Manne herürrten, der wiederholt im Rathause Auftritte verursachte und für geißelgeißt gehalten wird. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb waren sich die Kommunisten für ihn auf. Der Kommunist Leyn, der ja bei jedem Klemau „aufällig“ dabei ist, kommt schreiend in den Saal gestürzt: „Halt die Polizei!“ Die Wirkung dieser Worte auf die übrigen Kommunisten läßt sich denken. Schreiend und gestikulierend dringen sie auf Hause ein. Schließlich wird die Sitzung unterbrochen. Den Aufruhr hatte der Kommunist Franke „unter seinen Schuh gestellt“, so daß er erst nach Eingriff des Präsidenten abgeführt werden konnte. Nach Wiederbeginn wurde der Deutkommunisten Blätter mit Zurufen von links unterbrochen: „Halt die Freiheit“, „Komm mal raus!“ schwirren durch die Luft. Schließlich mußte die Sitzung abermals unterbrochen werden.

**Hamburg.** Das „Anare“-Unfall vor der Strafanstalt am 21. Juli d. J. Das Hamburger Seeamt beschäftigt hatte, um die nautischen Fragen zu prüfen, wer nach dieser Richtung hin die Schuld an dem Unfall mit seinen traurigen Folgen trägt, wird nun noch einmal in einer Verhandlung vor dem Landgericht Hamm am 4. aufgerollt, um zu prüfen, wer in Strafrechtlicher Hinsicht für das Unglück verantwortlich zu machen ist. Nach dem Spruch des Seearmsts trifft die Schuld an dem Unfall auf Hafellooten Schmidt, weil er ohne Erstürzung mit der Schiffssleitung die Ausdockung eigenmächtig und vorsätzlich vorgenommen hat, bevor die Tiere aufgefüllt waren. Die Staatsanwaltschaft erhebt nun Anklage gegen den Kapitän des „Anare“, Brodo, den Immobilienstellenvertretenden Kapitän da Motta, den ersten Maschinisten Amoreira und den Hafellooten Karl Schmidt wegen fahrlässigen Einwurfs eines Schiffes und fahrlässiger Tötung. Sie werden bestraft, am 16. Juni 1922 unter Auferlegung ihrer Berufspflicht, das Sinken des Dampfers „Anare“ aus Fahrlässigkeit bewirkt und dadurch den Tod von 33 Menschen, 26 Leuten der Besatzung und 12 deutschen Arbeitern, verursacht zu haben. Die Staatsanwaltschaft macht u. a. dem Kapitän den Vorwurf, daß er bis ganz kurz vor dem Unfall in seiner Kabine geschlafen und sich nicht im Geringsten um das Schiff und das Ausdocken, das, wie er meinte, stattdessen sollte, gekümmert haben soll. Auch wird dem Kapitän vorgeworfen, daß er, als er merkte, daß das Schiff sich in Bewegung setzte, obwohl er von dem ersten Maschinisten noch keine Meldung erhalten hatte, daß die Tiere in etwa 40 Minuten voll seien würden, während es 4 bis 6 Stunden in Anspruch genommen haben würde. Nach 40 Minuten hat dann auch der Lotsen vorgenommen. Auch soll der Immobilienstellenvertretende Kapitän sich in seiner Kabine befinden haben, als sich das Schiff im Dock in Bewegung setzte. Als eine Unterlassung des Lotsen wird angelehnt, daß er, bevor er das Ausdocken in Angriff nahm nicht noch einmal den Immobilienstellenvertretenden Kapitän gefragt hat, ob das Schiff jetzt klar sei und nach Bevölkerung dessen die Ausdockung vorgenommen hat. Zu der Verhandlung waren 25 Zeugen und 4 Sachverständige geladen. Ein Urteil ist noch nicht gefällt worden.

**Schwarzer. Neuwahl des Landtagsvorstandes.** Der bisherige erste Präsident des Landtages, Gen. Köhler-Roth, verzichtet nach ehrenvoller Tätigkeit auf eine Wiederwahl, weil er zu stark mit Arbeit überlastet ist. Nach der Geschäftsauswahl wird in der ersten Plenarsitzung des Landtages am 1. November ein neues Präsidium zu wählen sein.

### Getreifesschäften.

**Gegen das Moskauer Diktat.** Das „Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale“ und das „Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale“ in Moskau haben neuverordnet, sich an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands zu wenden, um ihnen zu befehlen, welche Taktik man in Moskau für sie gut befürden hat. Weil die deutschen Gewerkschaften sich dagegen wenden, daß ihre in Jahrzehntelanger Mühsal, mit persönlichen Opfern und Gefahren verbundener Arbeit aufgebauten Organisationen zum Spielball russisch-politischer Experimente werden sollen, die in Rußland selber ebenfalls weitweitert sind, weil sie ihre Taktik, die sie in ungünstigen Kämpfen und teuer erlittenen Erfahrungen gewonnen haben, selber bestimmten wollen, anstatt sie sich durch politische Desperados in Rußland und etliche überparteiische Nachläufer in Deutschland aufzutieren zu lassen, deshalb haben sie sich die Feindseligkeit der Moskauer zuwenden. Die deutschen Gewerkschaften wissen die Gegnerschaft mit Würde zu ertragen, sind jedoch im Interesse ihrer Selbstverteidigung gezwungen, sich alter Angriffe auf ihre Geschlossenheit zu erwehren und jeder Ministrarbeit zu begegnen. Spaltspalte müssen unschädlich gemacht werden. Mitglieder, die sich nicht in den Rahmen der gewerkschaftlichen Grundsätze und Bestimmungen einfügen können oder wollen, haben die Konsequenzen zu tragen. Ausgezehrte Mitglieder, die sich nicht in unehrenhafter Weise gegen die Sowjetunion vergangen haben, können unter bestimmten Bedingungen wieder aufgenommen werden, nicht aber unter der Bedingung, daß sie ihr Treiben, das zu ihrem Auschluß führte, erneut aufnehmen und noch ungenierter fortsetzen als vorher. Nicht der Moskauer darf folgen und bestimmen, was in den deutschen Gewerkschaften zu geschehen hat, sondern die Mehrheit der Mitglieder und ihrer Vertreterungen. Die Moskauer suchen die Linie jetzt auf die Spitze zu treiben. Sie reorganisieren die „Arbeiter“ und gründen gewerkschaftsgenossische Organisationen der Ausgleichsorganisationen unter dem Vorzeichen, die nur von ihnen gestörte Einheit der Gewerkschaften wiederherzustellen, die Wiederaufnahme der Ausgleichsorganisationen nach ihren Bedingungen zu erzwingen. Es lohnt sich nicht, auf die doppelzüngige Argumentation einzugehen, die den bekannten 21 Punkten angeht. Eines aber muß den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern, die geneigt sind, sich durch die unsinnigen Schimpferien auf die „Gewerkschaften“, das Zukunft der kommunistischen Agitation, für die Moskauer Wäre einzutragen zu lassen, gefordert werden: Seien wir die Lebensfassung der deutschen Arbeiterschaft so sehr bedroht wie gegenwärtig. Der moderne Arbeiterschaft kann sich nicht mehr auf die Qualitäten zurückdrängen lassen wie vor Jahrzehnten. Nur fester Zusammenhalt in starker gemeinsamer Organisation kann uns retten. Ob die Moskauer Pläne besser sind als das, was wir in unserer Kämpfen erfahren haben, wird die Zeit lehren. Uns heute darüber zu unterhalten, wäre

### Volle Form und Jugendfrische

findet der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, 20 Gramm edte Vorarbeiter zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von ausfallsfördernder Wirkung enthalten. Darauf nehmen Sie einmal täglich 2—4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10. (8808)

